

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 3 (1889)

128 (1.11.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192430](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-192430)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate 1 " "
für 1 Monat 50 "

Erschint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Das neue Sozialistengesetz.

Ueber das neue Sozialistengesetz äußern sich die konservativen Blätter noch gar nicht, die freisinnigen aber ebenso wie die „Nat. Ztg.“ und „Germania“ sehr abfällig. Allgemein wird auf die ins Auge fallenden Widersprüche der Begründung hingewiesen, die sich vergebens bemüht, zu verdecken, daß das jetzige Verlangen eines dauernden Gesetzes die offene Banterklärung des seit 10 Jahren bestehenden Gesetzes ist. Es wird mit Recht auch darauf hingewiesen, daß die Regierung selbst im ersten Sozialistengesetz von 1878 eine Dauer von 3 Jahren in Aussicht genommen hatte, und zwar mit der Begründung, daß bis dahin schon Erfolg zu hoffen sei. Das, was die Motive des jetzigen Entwurfs über die angeblich günstige Wirkung des bestehenden Gesetzes sagen, steht nicht nur in offenem Widerspruch mit den Behauptungen der Rechenschaftsberichte, sondern auch mit der Forderung, daß das Gesetz dauernd werden müsse, weil es sonst nichts nütze.

Die „Rössische Ztg.“ sagt: „Die Regierung verzichtet auf seine nennenswerthe Handhabe, welche ihr das bisherige Gesetz bot; ausdrücklich werden sogar im Art. 5 alle auf Grund des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 erlassenen Anordnungen und Verfügungen aufrechterhalten. Die Rückkehr ausgewiesener Personen wird wesentlich erschwert, indem selbst nach Fortfall des kleinen Belagerungszustandes die Genehmigung der Landespolizeibehörde, in letzter Linie also des Ministers des Innern erfordert wird. Der Charakter eines polizeilichen Ausnahmegesetzes bleibt bestehen, nur das der wirksamste Schutz gegen Mißbrauch, die zeitliche Begrenzung der Geltung des Gesetzes, beseitigt wird. Der Entwurf des Sozialistengesetzes ist ein Zeugnis für die Ohnmacht der Regierung, die Arbeiter zu überzeugen und zu gewinnen, eine Berufung an die Gemüthlichkeit gegenüber Ideen. Dieser Kampf wird fruchtlos sein, ganz gleich in welcher Form das neue Gesetz zu Stande komme; es ist verfehlt, den Ausdruck der Unzufriedenheit zu hemmen, wenn man deren Quellen nicht beseitigt. Man treibt das Uebel nur in das Innere und schädigt dadurch den ganzen Organismus des Volkes.“

Die „Freisinnige Ztg.“ schreibt u. A.: „Eine Verschärfung enthält das neue Gesetz bekanntlich insofern, als die einmal erfolgte Ausweisung auch nach der Wiederherstellung des kleinen Belagerungszustandes in Kraft bleiben darf; es wird dies damit zu begründen gesucht, daß hierdurch die Aufhebung dieses Ausnahmestandes erleichtert werden könne, da dessen Fortdauer vielfach nur mit der Ermöglichung begründet wird, daß durch die gleichzeitige Wiederkehr der sämtlichen im Laufe der Zeit ausgewiesenen Agitatoren eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit herbeigeführt werden würde, während eine solche Gefahr, so lange die Wiederkehr an die Genehmigung der Polizeibehörde gebunden ist, ausgeschlossen erscheint. Wir haben den Eindruck, daß man den sogenannten kleinen Belagerungszustand in dem neuen Gesetz für die Behörden so bequem eingerichtet hat, daß man künftig davon in weitestem Umfange für alle größeren Städte zeitweise Gebrauch machen kann.“

Die „Germania“ meint: „Das neue Sozialistengesetz erhält im Vergleich mit dem bisherigen Sozialistengesetz Verschlimmerungen, Verbesserungen und indifferentere Änderungen, und bei den Verbesserungen erkennt man einiges von den früheren Windstößen Widerstandsträgern wieder. Aber während diese vom Zentrum einmütig vertretenen Widerstandsträger durch allmähliche Abbröckelung das Sozialistengesetz endlich beseitigen und wieder auf den Boden des gemeinen Rechts überführen wollten, soll das obige Gesetz — dauernd bewilligt werden, es solle nicht wieder abgelehnt werden dürfen, bis auch die Verlängerung nachsuchen muß, so daß der Reichstag sie verweigern kann, wenn die Regierung das Gesetz nicht richtig, zum Beispiel auch auf andere Parteien, angewandt hat. Hat die Regierung diese Rücksicht nicht mehr zu nehmen, so kann sie bei der künftigen Bestimmung des Begriffes sozialistisch im 1. Paragraphen des bestehenden Gesetzes — und die Bestimmung soll bleiben — auch andere Parteien treffen, und kann auch die Sozialistensittlichen Maßregeln genau nach ihrer Auffassung handhaben! Da liegt große Gefahr!“

Die „Nat.-Lib. Presse“ nimmt eine ausweichende Stellung ein. Die Urtheile unter den National-liberalen hätten sich noch nicht befestigt. „In den und naheliegenden Kreisen verkennt man im allgemeinen nicht, daß die Vorlage manche werthe Verbesserungen enthält, doch fehlt es auch nicht an weitergehenden Wünschen. Wie es scheint, wird sich namentlich um die Aufrechterhaltung oder Beseitigung der Ausweisungsbefugniß ein harter Kampf erheben.“

Die „Nat. Ztg.“ schreibt: „Wir stellen uns bei dem Verlaufe, die Gefahren für die Zukunft anzuschließen, vorbehaltlos auf die Basis des Bundesratsentwurfes; wir werden nur Abänderungen desselben vorschlagen, welche mit ihr, mit der Beibehaltung eines wirksamen Spezialgesetzes gegen die sozialrevolutionäre Agitation vereinbar sind, dabei aber Rechtssicherheit ermöglichen. Dazu ist unteres Erachtens zunächst erforderlich, daß nicht eine Beschwerdekommision ad hoc, auch wenn sie, wie der Entwurf will, lediglich aus hochgestellten Richtern besteht, in den wichtigsten Fällen die letzte Entscheidung hat; nicht die richterliche Eigenschaft der Einzelnen an sich ist es, was das Vertrauen zu den Gerichten bedingt, sondern die ohne spezielle Rücksicht auf einzelne Entscheidungen erfolgte, bleibende Zusammenlegung dieser, und der Geist der Unabhängigkeit, welcher sich daraus ergibt. Die Entscheidungen können dem Reichsgericht übertragen werden, sobald von den verschiedenen Divisionen der zu verhandelnden Handlungen, welche das Sozialistengesetz giebt, die eine, gleich zu bezeichnende künftig durchweg zur Geltung gelangt. Das Gesetz wendet sich jetzt einmal gegen „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen, welche den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“; das ist allerdings eine Begriffsbestimmung, welche zur Anwendung durch Gerichte nicht geeignet ist. Es bedroht aber an anderer Stelle solche Bestrebungen nur, wenn sie „in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerung gefährdenden Weise zu Tage treten“. Das ist, abgesehen von der, auch jetzt schon überflüssigen Einschaltung der Worte „insbesondere die Eintracht der Bevölkerung“, eine im Strafrechtbuch sich wiederholt (§§ 126, 130, 130a c.) vorfindende Ausdrucksweise; wird sie durchweg angewendet, so ist kein Hinderniß der Verweisung der Entscheidungen an das Reichsgericht vorhanden.“

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt bezüglich der Begründung des Gesetzes: „Gründe sollen zwar nach Schakelpeare häufig so billig sein wie Brombeeren. Bei dem neuen Sozialistengesetz scheint das aber nicht zuzutreffen. Wohl noch niemals ist einem Gesetz von so gewaltiger Tragweite eine so weite, äußerlich so knappe, innerlich so haltlose Begründung mit auf dem Bege gegeben worden, wie es hier der Fall ist.“

Die „Frk. Ztg.“ schreibt: „Da sehen sie nun wieder einmal vor dem Stod, die national-liberalen Springer. Verewigung des Ausnahmegesetzes heißt diesmal die Aufgabe, ein Sprung, der einem Salto mortale gleichkommt, wie ihnen von den Brüdern zur Rechten höhnisch zugerufen wird. Denn was die angeblichen Widerstände des Gesetzes betrifft, so lassen sie das Wesentliche, die Vernichtung der gesetzlichen Freiz, Vereins- und Versammlungsfreiheit für die Sozialdemokratie, sowie den kleinen Belagerungszustand mit den Ausweisungen nicht nur unberührt, sondern machen auch die Ausweisungen „eifern“, d. h. in der Dauer von dem Befinden der Polizei abhängig. Der kleine Belagerungszustand wird sich fortan trefflich verwenden lassen, die „Agitatoren“ aus allen Städten zu entfernen. Man verhängt ihn, weist die geeigneten Personen aus und — hebt ihn wieder auf; das genügt, denn die Ausgewiesenen dürfen nicht zurückkehren. So kann es von Stadt zu Stadt gehen und das Ende wäre eine Art Expatrirung, wie sie Herr v. Puttkamer vorschwebte.“

Der „Magdeb. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben, daß das Sozialistengesetz in parlamentarischen Kreisen sehr große Bedenken erzeuge. „Man hält seine Annahme in der jetzt vorgeschlagenen Form geradezu für ausgeschlossen. Abgesehen vom Zentrum und den Freisinnigen, welche geschlossen dagegen stimmen werden, hört man auch aus den Mittelparteien von der Absicht, sehr tief eingehende Abänderungen vorzuschlagen. Wie weit die Kommission, welcher das Gesetz überwiesen wird, eine Verändingung erzielen wird, bleibt abzuwarten. Man hofft in gewissen Kreisen einen Ausweg darin zu finden, daß man die jedenfalls gemilderte Vorlage auf eine neue Zeitgrenze beschränkt. Die Regierung, so verläuft wenigstens im Reichstage, scheint entschlossen, ein etwaiges gänzlichliches Scheitern der Vorlage mit der Auflösung des Reichstages beantwortet zu wollen. Es heißt noch immer, die Vertheilung des Fürsten Bismarck an der ersten Verathung des Sozialistengesetzes sei wahrscheinlich.“

Politische Rundschau.

Bant, den 31. Oktober.

Berlin. Sozialdemokratische Reichskandidaturen. Redaktions-Streitig: Schneider Peter Vapen-Rübed: Verden-Hoya: Kaufmann Rob. Räger-Verden (nicht, wie irrtümlich in der Liste angegeben: Julius

Brühns-Bremen); Jerichow I. und II.: Tischler Gode-Berlin (nicht Kieländer, wie in der veröffentlichten Liste zu lesen.)

— Der Abgeordnete Bebel wird nach der „W. Z.“ in nächster Zeit eine Rundreise durch die Provinz Schleswig-Holstein machen, um an verschiedenen Orten Vorträge zu Gunsten der aufgestellten sozialdemokratischen Reichstagskandidaten zu halten.

— Die Bielefelder Sozialdemokraten beschlossen in einer Volksversammlung nach einem Referat des Schneidermeisters Jwiener, sich an den Statuerordenmetenwahlen mit eigenen Kandidaten zu betheiligen und lebhaft in die Agitation einzutreten. Eine Kommission zur Wahlvorbereitung wurde gewählt.

— Die Berliner „Börse-Zeitung“ ist über den Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion an die deutschen Genossen im Ausland halb verrückt geworden, was für uns ein Zeichen ist, daß die in dem Aufruf ausgeheilten Diebe auf die Kartellparteien gefessen haben. Sie begleitet den Aufruf mit folgenden geschmackvollen Bemerkungen, die wir zur Erweiterung unserer Leser zum Abdruck bringen:

„Unverschämter gelogen ist wohl noch nie in einem Wahlauftruf worden. Wir reproduzieren das ebenso dummdreiste wie erheiternde Altesstück, um an diesem eklatanten Beispiel zu zeigen, wie genebelt unsere Presse in der jetzigen Reaktionsperiode ist und mit welchen wahrhaft grotesken Albernheiten man die Verblödeten zu Beiträgen auffordert. Dem Reichstag vorzuwerfen, er habe die so knapp zugemessenen Volkskreise verkürzt, ist aber mehr als dreist und dumm, es ist infam, und die Männer, welche unter solche Verleumdungen ihren Namen zu setzen wagen, richten sich und ihre Bestrebungen, denn sie beweisen, daß nur grobe Unredlichkeit und habereifüllte Unterthellung der Boden sind, auf dem sie zu agitieren vermögen.“

Indem das edle Börsejobberblatt über „grobe Unredlichkeit“ und „habereifüllte Unterthellung“ heult und die Unterzeichner des Aufrufs mit den größten Schimpfworten überhäuft, die dem Wunde eines Fischweibes nicht kräftiger entströmen können, thut es alles dies selbst, was der sozialdemokratischen Fraktion in die Schuhe schiebt. Es heißt denn doch mit offenen Augen blind sein wollen, wenn die Verlängerung der Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre, das Gesetz über den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei politischen Prozessen und die Verlängerung des Sozialistengesetzes keine Verfürzung der Volksrechte sein sollen. Diese drei Dinge hat die Kartellmajorität beschlossen und sie ist eben daran, das Sozialistengesetz zu verewigen, was weiter eine Schwärzung der Rechte für weite Volkskreise bedeutet. Das Börsejobberorgan, dessen Hauptaufgabe darin besteht, seinen Lesern täglich zu beweisen, daß schwarz weiß und weiß schwarz ist, um sie auf dem Lein saurer Grundrunden zu locken, sieht in allen diesen Beschläffen vernehmlich nur eine „Erweiterung“ der Volksrechte, was seiner Phantasia zwar alle Ehre macht, aber der Wahrheit ins Gesicht schlägt. Ebenso sind die Williarde Reichsschulden, welche die Kartellmajorität in diesen drei Jahren schon bewilligt hat oder zu bewilligen auf dem Sprünge steht, die Erhöhung der Getreidezölle, der Brauntweinsteuer, die Billigung der Schweine-Einfuhrverbote x. in den Augen der „Börse-Ztg.“ ebenso viele Maßregeln, die das materielle Wohlbestinden des Volkes aufs höchste steigern. Das ist allerdings eine Logik, vor der wir beschämt die Waffen strecken. Lasse sich die „Börse Ztg.“ gelagt sein, auf ihren Weisfall rechnet kein Sozialdemokrat, das war eine schwere Beleidigung für ihn, dagegen ist ihr Schimpfen Mühsal in seinen Ohren, das ihm zeigt, daß er auf dem rechten Wege ist. Ein Blatt, das jede an den arbeitenden Klassen verübte Gewaltthat oder Bedrückung gut heißt, besigt nur noch die Verachtung aller anständigen Leute.

— Einigen aus Berlin auf Grund des Sozialistengesetzes Ausgewiesenen ist, schreibt das „Berl. Volksbl.“, sonderbarer Weise die Rückkehr freigestellt worden, ohne daß die Betreffenden darum nachgesucht hätten. In einem uns speziell mitgetheilten Falle ist die Erlaubniß des Aufenthaltens in Berlin nachträglich, nämlich nachdem der Betreffende in Berlin schon wieder angelangt war, an die Bedingung geknüpft worden, daß er sich an Parteibestrebungen nicht betheilige. In diesem Falle war übrigens die Rückkehr dem Ausgewiesenen nicht ausdrücklich gestattet, sondern es war nur unterlassen worden, ihm die übliche Anzeige von der Ausweisung bedingenden Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes zu machen. Es bedarf wohl kaum der besonderen Hervorhebung, daß von bekannten und führenden Personen keine die Eröffnung bekommen hat, daß ihr der Aufenthalt in Berlin wieder freistehet.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde die am Sonnabend in Hamburg beschlagene Nr. 43 der „Neuen Tilscher Zeitung“ wegen des Leitartikels „Landstreicher und Raubmörder“.

Die Polizeibehörde in Hamburg beschlagnahmte sechs verschiedene, im Verlage von Jenken u. Co. erscheinende Fachzeitschriften, nämlich „Der Bauarbeiter“ Nr. 17, „Der Zimmerer“ Nr. 17, „Der Goldarbeiter“ Nr. 2, „Der Gerber“ Nr. 20, „Die Gärtnerzeitung“ Nr. 8 und die „Tapezierzeitung“ Nr. 4.

Der Erzherzog Johann von Oesterreich will seiner Titel und Würden entzogen und als Redakteur eine Stelle im Pariser Redaktions-Bureau des „Newspost-Gerald“ mit 40 000 Frs. Jahresgehalt annehmen.

Belgien.

Eine unerhörliche Quelle für die Geschichte der staatsverbreitenden Polizeibevormundung bildete die Aufdeckung des Antiquariats in Belgien, dessen Hauptpersonen der Minister Vermaert und der Vorkämpfer Bourbaix sind.

Wurde. Koubette befaßt seinen Mitangeklagten auch durch die Angabe, daß Bourbaix Verfasser und Drucker der aufreizenden Plakate ist, welche während des Streiks verbreitet wurden.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 29. Oktober.

Der Präsident theilt mit, daß er am 27. dem Kaiser, sowie der Kaiserin Friedrich nach Athen die Glückwünsche des Reichstags zu der dortselbst stattfindenden Hochzeit der Prinzessin Sophie telegraphisch übermittelt habe.

Das Haus tritt sodann in die erste Lesung des Etats ein. Schaßtrichter v. Raatzahn giebt eine Uebersicht des Etats und der Finanzlage.

Schaßtrichter v. Raatzahn giebt eine Uebersicht des Etats und der Finanzlage. Die Nachforschungen dieses Etats seien allerdings bedeutend; aber nicht zu ihrem Besten, sondern nach sehr fälschlicher Prüfung der notwendigen Bedürfnisse stelle die Regierung die Geldforderungen.

Abg. Ricker geht zu einer eingehenden Kritik des Etats über. Besonders wendet sich derselbe gegen die Mehrforderungen zu Marinezwecken und die Fortsetzung der Neubauten für die Marine.

5. Sitzung vom 30. Oktober.

Am Bundesratsstische die Minister Falkenh., Verdy, Deumer und Böttcher.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt. Abg. v. B. stellt Raatzahn: Ich erlaube an, daß die großen Summen, die für Heranzweck geordert werden, etwas Ueberflüssiges haben, aber sie sind zum Theil die Resultate früherer Bewilligungen.

Abg. v. B. stellt Raatzahn: Ich erlaube an, daß die großen Summen, die für Heranzweck geordert werden, etwas Ueberflüssiges haben, aber sie sind zum Theil die Resultate früherer Bewilligungen. Allerdings muß auf die finanzielle Lage Rücksicht genommen werden, aber das entbindet die Militärverwaltung nicht von der Pflicht, sorgfältig darüber zu wachen, daß in der Erhaltung der Wehrfähigkeit unserer Nation nichts veräußert werde.

Abg. v. B. stellt Raatzahn: Ich erlaube an, daß die großen Summen, die für Heranzweck geordert werden, etwas Ueberflüssiges haben, aber sie sind zum Theil die Resultate früherer Bewilligungen.

Abg. v. B. stellt Raatzahn: Ich erlaube an, daß die großen Summen, die für Heranzweck geordert werden, etwas Ueberflüssiges haben, aber sie sind zum Theil die Resultate früherer Bewilligungen.

Nicht die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik. Seit dem Jahre 1867 sind für Deutschland 961 Millionen veranschlagt.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Die Wässer, sondern die Regierungen und herrschenden Klassen sind es, die zum Kriege treiben im Interesse ihrer inneren und äußeren Politik.

Erzürungen.

Kriminalnovelle von G. Struder. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Mein veredelteres Fräulein,“ entgegnete Karl, während er neben dem jungen Mädchen einherschritt, „früher allerdings hätte ich mich mehr für das Gemüth, welches dem Menschen praktische Vortheile verschafft, interessiert, seitdem ich jedoch den Jauber und die Anmuth einer reizenden Blume in diesem idyllischen Städtchen kennen gelernt habe, glaube ich wirklich, daß ich für die Blumen im Allgemeinen schwärme.“

„Man kann bei Ihnen nie sicher sein, ob Sie im Ernste oder im Scherz reden, Herr Springer! Ist das letztere der Fall, so wäre es eine Entweihung von mir, wenn ich Sie zu meinen Blumen, über welche Sie alsdann, ja innerlich wenigstens spotten würden, hinführen wollte, wenn Ihre Worte aber ernst gemeint, dann würden meine bescheidenen Schützlinge verachtet in den Schatten treten müssen gegenüber der einen strahlenden Blume, für welche Ihr Herz so mächtig eingegeben zu sein scheint.“

„Einen Augenblick schaute ihr Begleiter sie mit ernstem Ausdrucke an und dann erwiderte er: „Fräulein Hedwig, Sie stehen zuvor schon eine Aeußerung fallen, mit der Sie mir recht wehe gethan haben. Sie werden sich erinnern, wie Sie noch kürzlich über Fräulein von Siepen urtheilten, ohne daß ich Ihrer Ansicht in geringsten widersprach, und doch können Sie glauben, daß ich irgend ein tieferes Interesse für dieselbe empfinden sollte! Bedenken Sie aber nur im Scherz, so möchte ich Ihnen zu bedenken geben, daß solche Scherze über unseren Gemüthszustand auszuüben recht tief verwunden können, zumal wenn sie von derjenigen gemacht werden, die man — mit ganzer Seele liebt.“

Die beiden Personen waren allmählich in einem

Theile des Gartens angelangt, der ganz mit schattigen Bäumen und mit hohen, dichten Sträuchern bewachsen einen sicheren Schutz gegen neugierige Augen bildete, und das Bewußtsein, sich hier allein mit dem geliebten Mädchen zu befinden, die trauliche Einamkeit, die köstliche, wie zum Rosen einladende Luft, das alles zusammen hatte dem jungen Manne fast gegen seinen Willen das Gehändniß seiner Liebe entlockt.

„Sie erschrocken über seine eigene Kühnheit blieb er alsdann stehen und blickte Hedwig mit ermartungsloser Miene an. Sie antwortete nichts, aber eine tiefe Blässe bedeckte ihr Gesicht, welches sie zu Boden gerichtet hatte, während ein nervöses Beben den ganzen Körper durchlief.“

„Sie zürnen mir wegen meiner Dreistigkeit, Hedwig,“ tief er leidenschaftlich aus, „und doch lag jede Absicht, Sie zu kränken, mir fern. Hedwig, vergehen Sie mir, daß ich es gewagt, Ihnen meine tiefe und innige Liebe zu gestehen; denn mein Herz wollte über den Empfindung, von denen es schon so lange erfüllt ist. Ich weiß, wie vernehmen meine Wünsche sind, weisen Sie dieselben daher zurück und ich werde morgen schon diese Segend verlassen, um niemals mehr hierher zurückzukehren, nur lassen Sie mich nicht heben von Ihnen mit dem Bewußtsein, daß Sie mir zürnen oder mich vielleicht gar verachten!“

Während der letzten Worte hatte er unwillkürlich ihre Hände erfaßt und schaute ihr nun stehend in das Antlitz, auf dem die Spuren ihrer tiefen inneren Bewegung deutlich sich ausprägten.

„Hedwig, können Sie mir nicht vergeben?“ frag er nochmals in leidenschaftlichem Tone, und da er sich endlich ihre Augen zu ihm empor. Aber nicht zürnend schauten dieselben ihn an, sondern so innig und hingebend, daß der junge Mann in seltsamem Entzücken die Geliebte in seine Arme schloß.

„Du bist mein, mein für immer, meine Hedwig,“ tief er jubelnd aus, „und keine Macht der Erde soll Dich je mir entreißen. Aber kann es denn auch wahr sein,

ist es nicht etwa nur ein Gaukelbild meiner Phantasie, daß Du mir auch ein wenig gut bist, mein einzig geliebtes Mädchen!“

„Ach, Karl,“ flüsterte sie verächtlich, indem sie ihr erglühendes Haupt an seiner Brust verbergte, „ich weiß jetzt, daß ich Dich schon lange liebte von ganzem Herzen, und nicht wahr, Du gehst nicht fort von hier, es wäre mein Tod, wenn ich mich von Dir trennen müßte.“

„Wir gehören einander für das Leben,“ versetzte er innig, „doch hältst Du, die Tochter des reichen Bürgermeisters, den armen Kommis Deiner Liebe nicht für unwerth, und wirst Du auch standhaft genug sein, um allen Stürmen und Gefahren, die unserer Liebe noch drohen, auf die Dauer die Spitze bieten zu können?“

Fester schmeigte sie sich an ihn, während er sie in seinen Armen hielt und erwiderte: „Meine Liebe zu Dir, mein Freund, kann nur der Tod beendigen. Mag auch das Schwerkste derselben sich entgegenstellen, mag mein Vater mich zu zwingen suchen, von Dir abzulassen, ich werde Dir treu bleiben, und sollte ich Dir wirklich niemals gehören dürfen, so wird auch ein Anderer niemals mich begehnen. Das schwebt ich Dir hiermit, drehe ich aber jemals meinen Eid, so darfst Du mir die schwerste Strafe zu Theil werden lassen, die ich von jetzt an kenne, nämlich Deine offene Verachtung.“

„Derliche Mädchen!“ tief Karl begeistert aus, worauf er den ersten Kuß auf ihren rosenen Mund drückte. „Ein Taumel erfasst mich, wenn ich an das unfähige Glück denke, welches durch Deine Liebe mir beschieden ist! Noch müssen wir unsere Reizung geheim halten, in acht Tagen hoffe ich Deinem Vater offen gegenüberzutreten und um Deine Hand ihn bitten zu können.“

„Handle so, wie es Dir am Besten dünkt, von jetzt gehöre ich ganz Dir und kenne nur mehr Deinen Willen. Doch nunmehr wollen wir uns trennen. Der Vater könnte zurückkommen und ich möchte es vermeiden, daß er und jetzt begegnet.“

(Fortsetzung folgt.)

auf die bedrückenden Militärlasten verweisen und bemerkt: Schaffen Sie uns die Erbschaft der Kriege fort. Es würden Remunerationen und die Erbschaft des Friedens. Ja, wo in aller Welt lebt denn der Herr? Weib er denn nicht, wie unser geleiteter jugendlicher Herrscher unabhängig in diesem Sinne tätig ist. Wenn die Bestrebungen nicht zum Ziele führen, werden wir die schweren Lasten weiter tragen müssen.

Abg. v. Berniggen wendet sich gegen die Ausföhrungen Borchs und Richter. Die Erstgenannte, welche zwischen zwei der größten Militärlasten eingeklinkt ist, bedinge die feste Kriegsberühmung. Der Abg. Borch habe sich wohl bedacht, nur über den Ausfall des Bergarbeiterstreiks zu berichten, weil die Sozialdemokratie dabei nicht die erhofften Früchte gefunden habe. Die Sozialdemokratie habe auf sozialem Gebiet bisher nicht geleistet, während die Regierung durch die Sozialreform den Nutzen befördert habe, etwas zu thun. Richter geht dann auf die einzelnen Positionen des Etats näher ein und wendet sich schließlich mit besonderer Heftigkeit gegen Richter und die freisinnige Partei, welche die deutschen Verhältnisse schlimmer darstellt, als sie in Wirklichkeit wären und fährt dann fort: Der Abg. Richter hat von Richter gesprochen und gesagt, wie entsetzt er über die politischen Verhältnisse, welche andere Länder haben. Welche Ueberzeugung! Die Deutschen hier und im Ausland befinden sich hier wohl (Auf: im Ausland?) Ja, unsere Verhältnisse werden auch vom Auslande günstig beurteilt. (Abg. Richter: von außen sieht sich das hübscher an!) Ueberall in Deutschland, auf allen Gebieten sieht man ein Fortschreiten. Ein derartiges systematisches Sprachverbot der Anklagen über unsere Verhältnisse in Deutschland, wie ich sie gelesen habe, Richter einer solchen Spundigkeit gemacht hat, ist eine Karikatur und eine Ausgeburt des Standpunktes einer geschnittenen und schwachen Partei. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Windthorst: Auch die Darstellung der deutschen Verhältnisse seitens des Redneren ist eine Karikatur. (Beifall links.) Sie vom Kartell sind der Hammer, und der Hammer befindet sich wohl (Heiterkeit), aber andere in Deutschland sind der Anker und der Hammer nicht wohl. (Beifall.) Vom Etat werden wir nur das absolute Notwendige bewilligen. Als das Septennat bewilligt wurde, glaubten wir vorläufig Ruhe zu haben, jetzt sind aber wieder erhebliche Verbesserungen zu machen. Richter hat sich dann über das Steuerwesen und bemerkt, daß wir uns in der indirekten Besteuerung angelangt seien. Es ist unrichtig, wenn man glaubt, es gelänge genug für die Arbeiter. Bei dem Bergarbeiterstreik hätten die Bergwerksbesitzer unrecht gehandelt.

Abg. v. Kardorff hält die Militärlasten für notwendig; die deutschen Verhältnisse seien ganz gut. Allerdings kann es passiren, daß sich ein fortwährender Abgerodert wegen Majestätsbeleidigung verurteilt werden kann. Freilich ist das in einem State vorgekommen, an dessen Spitze ein politischer Gesinnungsmensch des Abg. Windthorst steht. Daraus wird die weitere Beratung verlagert bis Donnerstag 12 Uhr.

Korrespondenzen.

Lübeck, am Tage „Simon und Juda“, 28. Oktober 1889 — 700jähriger Gedächtnis der Zerstörung von Bardowick. Es ist ein Gedenktage an eine schwere Demüthigung des kurzlebigen und hochmüthigen deutschen Reichthums. Die Bardowicker, deren Stadt bis heute vor 700 Jahren der bedeutendste Handelsplatz Norddeutschlands war — damals dem nach in der ersten Hälfte befindlichen Hamburg und dem etwas früher entwickelten Bremen, ja selbst dem schiffbauenden Lübeck bei Weitem überlegen, befreiten sich auf's Eifrigste einer recht entsetzlichen „Reichthumslast“ und suchten diese schwere Last nicht besser zu beizulegen als, indem sie vornehmlich in die „Reichthümer“ möglichst schnelle die Thür wendeten. Jeder kamen sie dabei einmal an den Ueberdruß — an einander verfluchen alle Weisen, der keinen Späß verstand, und unermüßlich die Reichthümer aus dem hannoverschen Lande zu vertrieben. Der Reichthümer war ein unheimliches und Bildung machendes „Rufersleben“ derartig ausläßt, daß die Kunde bis auf den heutigen Tag in Gemüth des Volkes lebendig geblieben ist. „Mat maß de Dull von Bardowick“ — Wie oft ist Scherz getrieben mit dieser Frage und wels' bittere Leere läßt für so manche eitel und hofftsüchtige Selbsttäuschung in der betreffenden Sage wenn die Verhältnisse sie zu verleben vermöchten. Aber Reichthümer der Ewigkeit, die ja lange lebt, das beschlagene Vermögen seiner landwirtschaftlichen Kaufmannschaft ist überaus wichtig, an dem die Sicherheit des Reichthums ist überaus wichtig, an dem die Ruhe gekommen — warum sich dann mit Weiden plagen? Schade nur, daß es selbst in diesen mühen ständigen Zeiten, in denen wir zu leben so glücklich sind, jenen recht eifrig Entschuldigungen und Demüthigungen für so ein bravos Reichthümlein giebt. Daron weiß s. B. ein besonders artiges und zierliches Theater, unsere Lübecker Bürgerliche, jetzt auch wieder ein Lied zu singen. Alle Familien leben Lübeck — einschließlich unter den Holz und Kornhellen. Ein kleiner Ertrag würde gefunden, wenn der vor 600 Jahren angelegte, den damaligen weit härteren Bewässerungsbedingungen und weit kleineren Schiffs- und Verkehrsbedingungen entsprechende Elb- und Trave-Kanal (Stiefen-Devenau-Kanal) durch eine neue, den heutigen Voraussetzungen und Bedürfnissen angemessene Wasserstraße in's Binnenland ersetzt würde. Uebermäßig schwierig ist die Ausführung keineswegs, denn ein großer Theil der jetzigen Wasserstraße ließe sich nach gehöriger Ausbesserung benutzen (von Wölln bis Lauenburg), ebenso die Bafening und die Hauptstämme der Trave, die bis hin zur Straße Radeburg, Wolln wäre ganz neu auszubauen; aber sie bietet keine zu ferngehenden Fellen und ist über 12 Meilen lang. Für treffliche Speisung würde der benachbarte Scharsee sorgen. Die Natur kommt dem Unternehmen förmlich entgegen. Freilich ist Lübeck, das schon so ziemlich schwache Finanzen hat, allein nicht im Stande, die Last zu tragen. Ein solches Anstehen würde aber auch keinen Sinn haben, da der Kanal ja allen anliegenden Ortschaften eine große Verkehrs-Erleichterung bringen müßte, es also nur billig wäre, daß auch die Staaten, deren Gebiet er berührt — Königreich Preußen und Fürstenthum Mecklenburg — einen Antheil der Kosten zu sich nähmen. In ersterem läßt sich schließlich noch die Genehmigung Mecklenburg-Schwerins zur Benutzung des Scharsee. Einige Schwierigkeiten sind also da — aber noch belassen wir „unsern Bismard“, wenn nicht kleine Schwierigkeiten, die einem mühen Unternehmen in Deutschland im Wege stehen, elegantest wegräumen werden sollen? Das meinen denn auch manche „Reichthümer“ in Lübeck und predigen ihren lieben Würgern bei den Falschdünken von 1887 vor: „Kinder! Nur immer praktisch! Wie bekommen wir am Besten ein volles Portemonnaie? Das ist es, das doch das einzige ernstliche Interesse für einen normalen Reudenthum? Die sonstige Schwafelreden muß man gelegentlich passivisch vorgetragen werden, ist aber — unter — unter — gesagt — doch nur im Grunde gemeingefährlicher Schwundel; jedoch soll gar nicht national-liberal und reichthümerlich. Also wie machen wir am Besten Geschäfte? Wenn wir jetzt Wahlen wählen! Dann wird unser Bismard gut, und wenn der uns gut ist — er ist ja der Mann, der Alles kann — dann kommen die Gelder und die Konzeptionen zum Elb-Trave-Kanal im Sande zu verlaufen, dann haben wir einen bedeutenden billigen Transport vollkommener Artikel in's Binnenland, können uns selber einen großen Gewinn machen — was ist deutsch? Was ist tugendhaft? Das ist eine Stadt, wie Lübeck, würdig! — Alle Bemerkungen gelangen zu nehmen unter den Gehorham Bismard's und dafür den Elb-Trave-Kanal als Besorgung für die nach Wunsch gelieferte Reichthümer einzu- führen.“ Was kommt logischer und den neudeutschen Begriffen von Bismard's, politischem Anstand und verdammt die Pflicht und Schamhaftigkeit gegen das deutsche Volk angemessener sein, zumal in der letzten Kammerzeit von 1887? Das begriffen denn auch die braven Lübecker und Herr Fehling reiste nach Berlin. Und nun!

Ein Anderes ist das Verprechen, ein Anderes ist das Ausführen! Und — wenn ein Kammermitglied gut sein soll, muß er nicht mit einer Majorität einverstanden sein. Das haben unsere Lübecker jetzt auch es ist in die Luft gegangen. Preußen hat mit der größten Heftigkeit den Lübeckern zur Benutzung des Scharsee und die Genehmigung des Schwerins zur Benutzung des Scharsee. Die Genehmigung wollen wir das Fernere gemeingefährlich erkennen! Eine neue Aufgabe! Preußen ist mindestens ebenbürtig wie Schwerin Herr des Scharsee, während Lübeck gar keinen Antheil an demselben hat. Und nun soll das kleine Lübeck die von Schwerin verlangte, was der große Preuß zu fordern nicht unternehmen will? Diese Form der Ablehnung ist zwar eine recht „schöne“, scheint sich im Uebigen aber auch noch durch zwei Verzüge aus: 1) daß sie einen gewissen grauenhaften Dummheit enthält, der den reichthümerlichen Wählern den 1887 gut bekommen möge, und 2) daß sie keineswegs die den Wählern schuldig erdachte Aufgabe einfach abschneidet. Gott bewahre! Lübeck kann ja nur mit Schwerin über den Scharsee in Unterhandlung treten! Mit etwas Geduld läßt sich diese Unterhandlung 100 Jahre lang hinziehen. Während dieser schönen Zeit dürfen die Fehling-Wähler von 1887 verständig „hoffen“ und „harrern“, daß das reichthümerliche Lübeck endlich den Kanal bekommt. Bei Vergnügen — und man mag die Geduld nicht verlieren und alle 5 Jahre Fehling wieder wählen! Gott wird man vielleicht anderswo höre, und dann schweigen die „günstigen Aus- sichten!“ Und das wäre ja so schlimm für Lübeck! Doch genug von der hohen Politik! Zum Gegenfalle möge hier ein entzündliches Heilmittel aus dem täglichen Leben Rath finden. Heinrich Gröger aus Rendsburg, von Haus aus Züfeler, niemals bestraft, 1888 aus Hamburg sozialdemokratisch ausgewiesen wegen ver- mutheter Theilnahme am Rostocker Sozialistenkongreß, seit 1888 in Lübeck anständig, wofür er geschäftlich selbständig geworden ist — Inhaber eines 50 Hektar-Baars — und durch Fleiß und Ausdauer in die Lage kam, eine Familie begründen zu können, seit seiner Ausweisung niemals aus nur in Geringem mit politischen Professoren oder politischen Wählern in Berührung gekommen und sich von Allen, was als Kaitation angesehen werden könnte, streng zurückhaltend, hat diesen Sommer das Unglück, bei dem Schmirwisch-Borch (Untertrave 50) in eine in einem dunklen Raume un- vorzüglich angeordnete Kellertüre zu stürzen und sich so zu begehden, daß er mehrere Wochen bettlägerig war. Nach seiner Wieder- erholung veranlaßt er natürlich von Hrn. Borch'scher Kellertüre und Schadenersatz für die Geschädigtenvermögen. Bei der Gegen- schrift, erzielte vom Rechtsanwalt Dr. K. Stros, antwortete ihm Herr Borch'scher u. K. Mäcker, der als einer der Hauptführer der sozial- demokratischen Partei (baldig aus der Luft gegriffen) unglücklich (vor sechs Jahren) aus Danburg ausgewiesen ist, ist auch hier haupt- sächlich als Agitator für seine Partei thätig (sein Schatten davon Wache!) und überläßt den Verlauf in seinem Bazar sowie den Resten geheimer Artikel für denselben fast ausschließlich seiner Ehefrau (eine sozialistische Verleumdung, da hunderte von Ge- schäftskunden das Gegenfahle bezeugen können), so daß sein eigenes Verbleiben ihm keineswegs einen Nachtheil bringt. — !! Das nennt man nochmal eine moderne „deutsche“ Manier, seine Ver- wunden auszusuchen! So muß man die Richter behandeln und zugleich dem Kläger einen Zutritt zur Sache verweigern. Wie Achtung vor Herrn Schmirwisch Borch'scher, Untertrave 50.

Uns Stadt und Land.

Vant, 31. Oktober. Im Lokale der Wwe. Brumund fand gestern eine Gemeinderathssitzung statt, in welcher eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen war. Der Gemeinderath beschäftigte sich zuerst mit der Instandsetzung der Verlängerung der Vantersstraße, sowie der Kirch- straße. (Abfuhrberg.) Es wurde der Gemeindevorsteher be- auftragt, sich mit den Genossen der Genossenschaftsstraße in Verbindung zu setzen, um den vom Lmbau der Genossen- schäftsstraße übrig gebliebenen Restenland hierzu zu er- langen, da sich die Udenb. Spar- und Leihbank bereits schon erhoben hat, ihren Antheil (ca. 900 M.) hierzu zur Verfügung zu stellen. Ferner soll die Straße auf Ge- meindekosten bis zum Schienenwege fertig gestellt werden unter entsprechender Vorbelagerung der Anwohner. Auch soll für genügende Abwasserung gesorgt werden. — In der Beleuchtungsfrage, die nun in der Beratung folgte, muß erst eine Antwort der Kaiserl. Werk abgemart werden, um eine Entscheidung herbeizuführen. Desgleichen in der Feuerlöschfrage: Hierbei wurde ein Antrag des Magistrats von Wilhelmshaven abgelehnt. Derselbe lautete dahin, dem Eruchden des Großherzoglichen Amtes, bei Bränden in der Gemeinde Vant die freiwillige Feuer- wehr unter allen Umständen zu schicken, dann entsprechen zu wollen, wenn die Gemeinde Vant die Verpflichtung übernehme, etwaige Kosten für Beschädigung der Spritzen und Geräte zu tragen und die Hülle leistenden Feuerweh- reute entsprechend zu entlohnen. — Eine Verfügung des Großherzogl. Ministeriums, betr. Aenderung des § 1 der Baupolizeiordnung, wurde vom Gemeinderath abgelehnt. Eine andere Verfügung derselben Behörde, betreffend Erlass eines Statuts über die Einführung der obligatorischen Fleischnachschau, wurde einer Kommission von 4 Mitgliedern zur Prüfung überwiesen. Einem Gesuche der Uden- burgischen Spar- und Leihbank, die Hasenstraße bis circa 80 Meter hinter das Stielthl pflastern zu dürfen, wurde unter der Bedingung entprochen, daß dieselbe die fehlende Strecke der Straße bis zum Hafen in der früher bedingenen Weise mit Schladen passierbar herstelle. — Nun folgte die Erledigung dreier Konzeptionsgesuche. Hierbei entspann sich eine eingehende Debatte über die Berechtigung des Ge- meinderaths, über derartige Wünsche zu verhandeln. Kon- statirt wurde, daß der Gemeinderath keine gesetzliche Pflicht oder Berechtigung habe, über Konzeptionsgesuche zu verhandeln. Es wurde daher einerseits betont, daß man sich damit einfach nicht mehr beschäftigen solle, weil einerseits kein Recht dazu vorhanden sei, andererseits man sich auf den Standpunkt der Gemeindefreiheit stellen und die Bedürfnis- frage prinzipiell nicht behandeln müsse. Andererseits wurde betont, daß man unter allen Umständen dem Gemeindevorsteher die alleinige Verantwortung für die Verjahung oder Verneinung der Bedürfnisfrage nicht aufwälzen dürfe, sonst würde aller daraus entstehende Haß und daraus ent- stehende Verunglimpfung sich auf ihn konzentriren, was auf die Dauer kein Gemeindevorsteher auszuhalten im Stande sei. Das Wort des Gemeinderaths folle weiter nicht sein, als auf eine höfliche Frage des Gemeindevor- stehers eine höfliche Antwort zu geben. Es sei daher zu verurtheilen und auf die Dauer unhaltbar, wenn ein Theil des Gemeinderaths mit unbeschriebenen Zettel stimme oder

Konzeptionsgesuche gar nicht verhandeln wolle. Es wurde sodann ein Antrag mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen, daß der Gemeinderath die Konzeptionsgesuche behandeln soll und dürfen keine unbeschriebenen Zettel abgegeben werden, sondern es soll mit ja oder nein geantwortet werden. Bei den 3 Konzeptionsgesuchen wurde sodann bei einem die Bedürfnisfrage bejaht, bei zwei derselben verneint. Unter Berücksichtigung wurde nach eingehender Debatte mit 13 gegen 4 Stimmen beschlossen, die zwei angeleglich arbeits- losen Arbeiter Grafmann und Joosten, welche ihre Familien total vernachlässigen sollen, der Zwangs- arbeitsanstalt zu Weita auf 1 Jahr zu überweisen. Der Gemeinderath nahm Kenntniß von einem Schreiben der Kaiserlichen Werk, worin sie dem Gemeindevorsteher mittheilt, daß sie die Werkstraße an ihrem Rordende für den Wagenverkehr nach dem Friedhofe mit einer Kette ab- sperren lassen werde. Für Fußgänger werde der Zugang frei bleiben. Sie sei aber bereit, bei einer Verdingung die Aufsahrt für den Leidenwagen resp. für den Leidenzug freizugeben, wenn der Gemeindevorsteher jedesmal der Wert davon Theilung mache. Nach einigen weiteren unwesentlichen Verhandlungen wurde die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Vant, 31. Oktober. Morgen, am 1. November, sind es 10 Jahre, daß die Gemeinde Vant geblüht wurde, nachdem eine Auseinanderlegung mit der Gemeinde Neu- ende erzielt war. Von der Entwidlung der jungen Ge- meinde zeugt die Thatfache, daß sich die Einwohnerzahl während der 10 Jahre des Bestehens mehr als verdoppelt hat und daß auch alle Schwierigkeiten, die sich einer ge- sunden Entwidlung entgegenstellten und häufig darauf hinzielten, das Selbstverwaltungsrecht illusorisch zu machen, durch den Gemeinfinn der Mehrzahl der Gemeindeglieder und durch eine gewissenhafte Verwaltung glücklich über- wunden wurden. Wir werden in nächster Nummer ein- gehend über die Verhältnisse berichten, unter denen die Gemeinde emporblühte, sowie über die Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, ehe eine gesunde Grundlage sich schaffen ließ. Für heute lassen wir es dabei bewenden, des Tages zu erwähnen mit dem Wunsch, daß die Ge- meinde auch weiter sich so günstig entwickeln möge wie bisher und daß der Gemeinfinn ihrer Bewohner stets darüber wachen möge, daß unabhängig von jeder Ver- einflüssung lediglich das Gesamtinteresse aller Gemeindeglieder maßgebend sein mag, wenn es sich darum handelt, das Wohl der Gemeinde zu fördern und zu pflegen.

Vant, 31. Oktober. Heute Vormittag hatten die Anwohner am Nordende der Riffstraße das Schauspiel zu sehen, wie Bedienstete der Kaiserl. Werk mit einer langen schweren Kette zwar nicht Prometheus an einen Felsen schmeiden wollten, wohl aber den Zugang für Wagenverkehr nach dem Friedhofe abzusperren sich an- schickten. Da das Eigenthum bekanntlich heilig ist, so wollte die Kaiserl. Werk jene Straße mit einem eiser- nen Rosenkranz überspannen, um die Heiligkeit des Fiskus zu bewahren und zu zeigen, daß sie nicht mit sich spaßen läßt. Die Absperrung ist ein Ausfluß der herzlichen Zu- neigung der Kaiserl. Werk und wahrscheinlich auch der Udenb. Spar- und Leihbank zu dem Gemeinderath der Gemeinde Vant. Der Beigeordnete Schulz war nun so unhöflich, den Leiter der Absperrung auf eine gesetzliche Vorschrift hinsichtlich der Befugniß des Gemeindevorstehers, bei derartigen gemeinnützigen (?) Unternehmen die Zuchtlinie angeben zu müssen, aufmerksam zu machen, ferner ihn zu erklären, daß, wenn die Kaiserl. Werk weiter arbeiten lasse, er die Polizei zu Hilfe rufen müsse, um die Arbeit zu inhibiren, weil er schon als guter Christ nicht dulden könne, daß heute, an einem der größten Feiertage des Landes, dem Reformationsfeste, derartige geräu- schvolle Arbeiten auf offener Straße in der Nähe des Gotteshauses verrichtet werden. Dem leitenden Beamten blieb nun nichts weiter übrig, als nach seinem Vorgefetzten zu gehen und sich weiteren Rath zu erholen. Es wird sich ja nun zeigen, ob wirklich die Leidenwagen stehenden Pferde ihre Gebisse an dem Bahrgreifen des eisernen Zeitalters erproben müssen. Als wir von dieser That- beute früh hörten, fiel uns der Vorwurf jenes Werk- beamten ein, den derselbe in einer politischen Versammlung den Sozialdemokraten in's Gesicht schleuderte, nämlich: „Die Sozialdemokraten hätten keine Religion“. Es berichte uns daher das Vorgehen der Werk, das die frommen Kirchgänger und Leittragenden in ihrem religiösen Gefühle empören muß, wunderbar und scheint uns, daß die Religiosität des Marinefiskus um keinen Dred mehr werth ist als die der Sozialdemokraten und daß sein ganzes Glaubens- bekenntniß in die Worte zusammen zu fassen ist: „Heilig ist das Eigenthum!“

Wilhelmshaven, 31. Oktober. Theater in Kaiser- faal. Die zweite Aufführung des Franz von Schöthan- schen Theaterstücks: „Das letzte Wort“ hatte vorgestern Abend dem Theater einen guten Besuch verschafft und er- rang die Aufführung sich auch diesmal reichen Beifall. Heute, Donnerstag Abend, hat sich, wie schon erwähnt, Hl. Diez zu ihrem Benefiz den „Steffen Langer aus Ologau“, eines der bekanntesten Kunstsippen von Charlotte Birch-Pfeiffer ausgewählt, dem ein überraschendes Vor- spiel „Auf der Werk“ vorausgeht. Gewiß werden die Verehrer der beliebtesten Künstlerin nicht verfehlen, sich recht zahlreich zu diesen ihrem Benefizabend einzufinden.

Hedden, 31. Oktober. Mit Zustimmung der Ge- meindevertretung sind folgende Geschäfte der Gemeinde- verwaltung dem Beigeordneten Herrn A. H. übertragen worden: Das Armenwesen. Das Meldebüreau (An- und Abmelden). Das Schindereifahren. Die Handhabung der Baupolizei-Ordnung und wollen die Gemeindeglieder sich in diesen genannten Fällen nur an Herrn A. H. wenden.

Mein Geschäft verlegte ich heute von Bismarckstraße 56
 nach 56a.
Eduard Buss, Wilhelmshaven.

Theater in Wilhelmshaven.
 Freitag, 1. November:
Die berühmte Frau.
Anchovis,
 per Pfund 25 Pf.,
 empfiehlt
Johannes Arndt.

„Verein Deutscher Schuhmacher“.
 (Zahlstelle Oldenburg.)
 Sonntag, den 3. November d. J.:
TANZKRÄNZCHEN
 mit stark besetztem Orchester,
 in Oppermann's Hotel, (früher Habel).
 Anfang 6 Uhr. — Entree 50 Pf.
 Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Garnirte und ungarirte
Damen- und Kinder-Hüte,
 Bänder, Federn, Rüschen, Hauben, Fichus,
 Capotten, Tücher u. s. w.,
 empfiehlt zu den billigsten Preisen
H. Lüschen, Bismarckstraße 17.

Erhalte diesen Monat einige Waggons feinste rothe
oberländische Speise-Kartoffeln,
 welche preiswerth abgeben. Gefällige Aufträge nehme entgegen.
J. F. Gloystein, Bant.

Bekanntmachung.
 Auf Grund des Beschlusses der außerordentlichen General-Versammlung des
Consum-Vereins Bant (e. G.) vom 6. Oktober 1889 wird der Consum-Verein
 Bant von einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in eine Genossenschaft mit
 beschränkter Haftpflicht umgewandelt.
 Entsprechend dem § 127, Abs. 2 des neuen Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai
 1889 werden alle Gläubiger und Lieferanten aufgefordert, sich
bis zum 1. Oktober 1890
 schriftlich oder mündlich bei dem Vorstande des Vereins zu erklären, ob sie mit dieser
 Umänderung einverstanden, oder ob sie bis zu dem genannten Zeitpunkte ihre Forderungen
 liquidiren und ihre Geschäfts-Verbindungen mit dem Consum-Verein (Genossenschaft)
 lösen wollen.
 Bant, den 26. Oktober 1889.

Der Vorstand.
 Kruse. Schumacher. Zander.

Haushaltungs-Gegenstände
 jeder Art
 empfiehlt in größter Auswahl billigt
B. Grashorn,
 Wilhelmshaven, Bismarckstraße. Bant, Werftstraße.

Meine Bier-Wirthschaft
 halte bestens empfohlen.
 Führe nur gute Biere.

Amerikanisches Billard.
 Auch empfehle einen guten kräftigen Mittagstisch.

G. Heilemann, in Neubremen.

Die Buchdruckerei von F. Kühn
 Bant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1
 empfiehlt sich zur Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art
 als:
 Rechnungen, Adresskarten, Preis-Concours, Statuten, Visitenkarten, Einladungskarten, Programme, Festzeitungen, Mitgliedskarten, Plakate, Concerts, Briefbogen, u. s. w.
 Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Werkzeuge jeder Art
 in bester Qualität u. größter Auswahl halte billigt empfohlen.
B. Grashorn,
 Wilhelmshaven, Bismarckstraße. Bant, Werftstraße.

Kaufte einen großen Bestand
Halb-Leinen,
 1/2 zu Semde,
 1/4 zu Bettlaken, billig ein,
 um einen raschen Verkauf zu erzielen, gebe
 selbige mit einem kleinen Nutzen ab.
B. H. Bührmann,
 Konfektions-Geschäft,
 Wilhelmshaven.

Reinschmeckende
gebr. Kaffee's,
 von 1,30 Mk. pr. Pfd.,
 roh von 1,05 Mk. an.
 Prima Mährische Pflaumen Pfd. 15 Pf.
 „ Bosnische do. „ 20 „
 „ Smyrna Feigen „ 30 „
 „ Ringäpfel „ 35 „
 „ Java-Weis „ 20 „
 „ Hang-Weis „ 15 „
 „ Weisengries „ 25 „
 „ gelbe Eiergrauen „ 10 „
 „ Java-Weis „ 2,00 Pfund „ 2,00 Mk.
 „ Pfefferliche Mischung „ 3,00 „
 „ Zerkung „ 0,55 „
 Prima weißen Candis „ 0,60 „
 „ schwarzen Candis „ 0,10 „
 „ gemahlene Raffinade „ 0,11 „
 Prima Würfel-Raffinade „ 0,12 „
 „ Gut-Raffinade „ 0,20 „
 „ Zyrup „ 1,00 „
 Prima Holl. Rahm-Käse „ 5 Pf.
 Hamburger Rohmops „ 10 „
 Marinirte Serringe „ 55 „
 Reines Schmalz „ 60-80 „
 Neue Salzgurten „ 5 „
 Zwiebeln „ 8 „
 und alle in diese Branche einschlagende
 Artikel empfiehlt billigt
Emil Meinelt,
 Neubremen, Ecke der Grenz u. Dorfstr.

Empfehle:
und Flaschen = Bier
 aus der
 Dampfbrauerei von Th. Potkötter
 in Fever,
 in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
 Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk.,
 Bayerisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk.,
 Feines böhmisches Gebräu 30 Fl.
 3 Mark.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59,
 1 Treppe.

Gebrannten Kaffee
 reinschmeckend, pr. Pfd. 1,20 Mk.
 empfiehlt
E. H. Bredehorn,
 Neustraße 7.

Neueste
Pelz-Muffen,
 in Zitis-, Affen-, Bär- und
 anderen Pelzen.
B. H. Bührmann,
 Konfektions-Geschäft,
 Wilhelmshaven.

Allerbeste
Kartoffeln
 sind soeben wieder eingetroffen und
 empfiehlt
B. WILTS.

Echten
Bremer Korn
 garantiert rein, pr. Flasche 50 Pf.
 empfiehlt
E. H. Bredehorn,
 Neustraße 7.

Gute Pflaumen
 pr. Pfd. 12 Pf. bei
Johannes Arndt.

Das Möbel-Lager
 von
G. Priet, Bant,
 empfiehlt sich bestens bei guter Arbeit und
 billigster Preisstellung.
Fertige Betten, Bettsfedern und
Baunen
 stets vorräthig. Abschlagszahlung gestattet.
G. Priet, Oldenburgerstr. 1,
 Bant.

Eine kleine
Barterre-Wohnung
 zu 150 Mk. zu vermieten.
F. Laue, Adolfsstr.

Gesang-Verein „Frohsinn“.
 Montag, 4. November,
 Abends 8 Uhr:
Versammlung.
 Um pünktliches Erscheinen aller Mit-
 glieder ersucht **Der Vorstand.**
Sonnabend: Keine Singstunde.

